

# Bericht Max Chopard-Acklin aus der Frühlingsession 2013

Die Frühlingsession 2013 war wettermässig eher Winter- den Frühlingshaft. Hitzig waren dagegen manche Debatten unter der Bundeshauskuppel.

## Woche 1: Autobahnvignette im Nationalrat und bemerkenswertes im Ständerat

Vorausgesetzt es wird kein Referendum ergriffen, kostet die **Autobahnvignette ab 2015 neu 100 statt 40 Franken**. Der Nationalrat hat im dritten Anlauf dem Ständerat nachgegeben. Erst hatte sich der Nationalrat erfolglos für eine auf 70 Franken limitierte Erhöhung ausgesprochen. Ein Kompromissvorschlag für eine Erhöhung auf 80 Franken wurde danach abgelehnt. Mit den 100 Franken werden nun nicht nur Mittel für den Unterhalt und die Optimierung der vorhandenen Nationalstrassen fliessen, sondern auch für zusätzliche Autobahnprojekte. Dies, und der Umstand, dass eine Erhöhung des Mineralölzuschlages (Benzinpreis) eine bessere Lenkungswirkung hätte als die 100 Franken Vignette, bewogen mich, für den leider gescheiterten Kompromiss von 80 Franken zu stimmen.

## Neben der Grippe war im Bundeshaus auch der Gripen wieder mal ein Thema.

Diesmal im Ständerat. Und der fällt dazu bemerkenswerte Entscheide. Der Ständerat stimmte als Erstrat dem Kauf von 22 Kampfflugzeugen mit 22 zu 20 Stimmen zwar überraschend knapp zu, löste dann aber mit 23 zu 19 Stimmen noch überraschender die Ausgabenbremse zum Verpflichtungskredit von 3,126 Milliarden Franken nicht. Um die Gelder freigeben zu können, hätte es ein absolutes Mehr von 24 Stimmen gebraucht. Ein spezieller Vorgang, wenn auch nur eine einzige Stimme fehlte. Die Vorlage kommt nun als nächstes in den Nationalrat.

Ebenso bemerkenswert war der Entscheid des Ständerates, künftig ebenfalls eine elektronische Abstimmungsanlage einzubauen und zu nutzen, so wie es der Nationalrat oder auch unser Kantonsparlament in Aarau schon länger kennen. Dazu kam es, weil es in letzter Zeit gehäuft zu offensichtlichen Zählpannen im 46-Köpfigen Ständerat kam. Abstimmungen per Handzeichen gibt es im Bundeshaus ausserhalb der Kommissionszimmer also schon bald keine mehr.

## Woche 2: Swissness, Bürgerrecht und Cleantech-Initiative

Lebensmittel sollen künftig als schweizerisch gelten, wenn mindestens 80% des Gewichts der Rohstoffe aus der Schweiz stammen. Für Rohstoffe, die es in der Schweiz nicht -oder nicht in genügender Menge- gibt, gelten Ausnahmen. Uneinig sind sich National- und Ständerat, wann Produkte aus der Industrie als "Swiss Made" verkauft werden dürfen. Der Ständerat meinte 50% genügen. Doch der Nationalrat hat an seiner Lösung festgehalten, für die sich auch gewichtige Industrielle wie Herr Hayek einsetzten: Demnach müssten 60% der Herstellungskosten in der Schweiz anfallen. Auch ich stimmte so. Denn **wo „Swiss“ draufsteht, muss meiner Meinung nach auch mehrheitlich „Swiss“ drin sein.**

35 Jahre nach dem Film „Die Schweizermacher“ will der Nationalrat die Hürden für die Einbürgerung anheben. Ohne gute mündliche und schriftliche Sprachkenntnisse darf niemand mehr eingebürgert werden. **Weiter sollen im Bürgerrechtsgesetz Erleichterungen für Jugendliche wegfallen.** Damit wird die Integration Jugendlicher, die hier zur Schule gingen und mit unsere Sprache und Kultur aufwachsen, eher erschwert. Heute werden die Aufenthaltsjahre einbürgerungswilliger Jugendlicher, zwischen dem 10. und 20. Lebensjahr doppelt gezählt. Dies entfällt. Künftig müssen alle Einbürgerungswilligen mindestens 10 Jahre mit Niederlassungsbewilligung in der Schweiz gewohnt haben, wovon 3-5 Jahre im

gleichen Kanton. Nein sagten SP und Grüne, enthalten haben sich die Vertreter der SVP, die noch weiter gehen wollten. Zweitrat ist der Ständerat.

**Der Nationalrat behandelte die SP Cleantech-Initiative mit dem vollen Titel „Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien“.** Die Initiative will die Energieeffizienz fördern und dass die Schweiz ihren Energiebedarf bis 2030 zu 50% und längerfristig vollständig aus erneuerbaren Energien decken. Nachfolgend Auszüge (gekürzt) aus meinem Referat dazu im Nationalrat:

*„Eine Neuausrichtung unserer Energiepolitik ist mit Blick auf die Zukunft nützlich und notwendig. Denn wir alle wissen, dass die fossilen Brennstoffe stark umweltbelastend sind und dass die Ausbeutung der noch vorhandenen Vorkommen immer aufwendiger und kostenintensiver wird. Allein in den letzten zehn Jahren hat sich der Ölpreis mehr als verdoppelt. Schauen wir einmal auf die Kostenwahrheit bei der Atomtechnologie, so stellen wir fest, dass neue Atomkraftwerke kaum bezahlbar wären. Dazu kommen immense Kosten für den Rückbau der alten Atomanlagen. Die Entsorgung des Atommülls kostet Milliarden. Vor allem beinhaltet die Atomtechnologie schwer verantwortbare Betriebsrisiken und produziert Atommüll, dessen Erblast noch x Generationen nach uns belasten werden. Kommt dazu, dass wir bei fossilen Energien, wie übrigens auch beim Uran, von Importen abhängig sind. Wir sind abhängig von Importen aus politisch instabilen bis fragwürdigen Regionen. Wollen wir das? Wollen wir das weiterhin so?“*

*Der Mensch hat die Tendenz, schnell zu vergessen. Doch erinnern wir uns: Vor zwei Jahren, im März 2011, kam es 25 Jahre nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl erneut zu einem Gau; diesmal auf dem Boden einer Hightech-Nation. Unabhängig davon, was jeweils in Tschernobyl oder Fukushima zur negativen Kettenreaktion führte, Tatsache ist doch, dass das von der Atomlobby immer wieder kleingeredete Restrisiko innert Kürze zweimal zum Leid von Mensch und Umwelt zugeschlagen hat.*

*Die Energiewende ist machbar. Das Ja oder Nein zur Energiewende ist nicht eine Frage des Könnens, sondern schlicht und einfach eine Frage des politischen Willens. Die Cleantech-Initiative will mehr Energieeffizienz und dass Bund und Kantone zusammen mit der Wirtschaft unsere Energieversorgung mit erneuerbaren Energien sicherstellen. Es geht darum, die vorhandenen Potenziale von erneuerbaren Energien und einheimischer Energien wie Sonne, Wind und Wasser unter Beachtung der vorhanden Gewässerschutz- und Umweltschutzbestimmungen eben auch besser zu nutzen. Gerade bei der Sonnenenergie ist noch viel mehr möglich. Kürzlich war ich zwei Tage in Bayern. Dort stammen bereits rund 10 Prozent der Stromproduktion aus Sonnenenergie. Zum Vergleich: In der Schweiz ist es bisher nicht einmal ein Prozent.*

*Die Cleantech-Initiative zeigt den Weg in eine fortschrittliche Zukunft mit neuen Arbeitsplätzen dank erneuerbarer Energien auf. Gehen wir diesen Weg. Es ist ein guter Weg.“*

Die Cleantech-Initiative wurde vom Rat mit 111 zu 68 Stimmen zur Ablehnung empfohlen. Der Nationalrat hat aber als indirekter Gegenvorschlag einer UREK-Kommissionsinitiative mit 122 zu 56 Stimmen zugestimmt. Diese will den Stromzuschlag für erneuerbare Energien ab 2014 von 0,5 auf neu 1,5 Rappen pro Kilowattstunde anpassen. Damit stehen jährlich 300 Millionen Franken zusätzlich für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) zur Verfügung. Gleichzeitig werden energieintensive Industriebetriebe entlastet. Und Photovoltaik-Kleinanlagen bis 10KW bekommen künftig einen Einmalbeitrag bis 30% der Investitionskosten statt KEV. Das Paket gibt Schub für die Erneuerbaren. Die KEV-Warteliste von aktuell über 24`000 Projekten dürfte damit schnell und nachhaltig reduziert werden.

## **Woche 3: Ladenöffnungszeiten und Vorstosspaket zu Atomfragen**

Läden sollen ihre Produkte künftig in der ganzen Schweiz werktags ab 6 Uhr mindestens bis 20 Uhr verkaufen. Samstags bis 19 Uhr. Die Kantone könnten also keine früheren Ladenschlusszeiten mehr festlegen können. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einer Motion zur nationalen Liberalisierung der Öffnungszeiten zugestimmt. **Dies ist ein weiterer Salamiriegel einer unglaublichen politischen Zwängerei.** Das Stimmvolk hat sich die letzten Jahre in kantonalen Abstimmungen schon zehnmal gegen längere Öffnungszeiten ausgesprochen, zuletzt in den urbanen Zentren Zürich und Basel. Doch die Bürgerlichen Lobby-Vertreter von Coop und Migros unternehmen nonstop neue Liberalisierungsversuche Richtung 24-Stunden Konsumgesellschaft.

Auch die Bestimmungen über Sonntagsarbeit soll für Shopping-Center in Tourismusgebieten gelockert werden. Der Nationalrat stimmte einer entsprechenden FDP-Motion zu. Dies soll nun sogar auf dem Verordnungsweg via Bundesrat, -also unter Ausschluss demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung- geschehen! Dies, obwohl aktuell gerade ein Referendum der Gewerkschaften gegen den 24-Stunden Vollbetrieb in den Tankstellenshops zustande kam. Unglaublich, was da alles auf dem Buckel der Beschäftigten und des Kleingewerbes durchgezwängt werden soll.

Zusammen mit Hans-Jörg Fehr reichte ich ein Paket mit Total acht Vorstössen zu Fragen rund um die Sicherheit von AKW und Atommülllagern ein. Inhaltlich geht es bei meinen vier Vorstössen um folgende Themen:

### **Motion zur Stärkung der Kommission für nukleare Sicherheit KNS**

Die Motion hat zum Ziel, die Kommission für nukleare Sicherheit sowohl in ihren Handlungskompetenzen wie auch personell zu stärken, um die Sicherheitsprozesse im Bereich der nuklearen Sicherheit weiter verbessern zu können.

### **Motion für ein Importverbot von Atommüll**

Die heutige Formulierung im Kernenergiegesetz lässt zu, dass die Schweiz nach Realisierung eines Endlagers für radioaktive Abfälle mit einsetzendem Atommüll-Tourismus rechnen müsste. Diese Möglichkeit will die Motion mit einem Importverbot für Atommüll, der nicht aus der Schweiz stammt.

### **Interpellation zu den unsicheren Tiefenlagerstandorten Bözberg / Lägern Nord**

Die Interpellation stellt Fragen zu heiklen Punkten betreffend Geologie an den möglichen Atommülllager-Standorten Bözberg und nördlich Lägern im Kanton Aargau. Insbesondere im Zusammenhang damit, dass beide Standorte in Gebieten mit tektonischen Verwerfungen und hohem Wasserreichtum liegen.

### **Interpellation zum AKW Beznau: Rostschäden an Reaktorschutzhülle**

Diese Interpellation hinterfragt die mit Rostfrass verbundenen sicherheitsrelevanten Probleme an der Reaktorschutzhülle beim mittlerweile den mittlerweile 42- und 44-jährigen Atomkraftwerken Beznau. Das teilweise geschwächte Containment ist ein Sicherheitsrisiko. Ich frage, welche Massnahmen nun ergriffen werden.

*Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP, im März 2013*